

Auszüge der Podiumsdiskussion:

„Wie schaffen wir Energiewende und Akzeptanz?“

Ort: Polittbüro, Steindamm 45, 20099 Hamburg

Zeit: 18:20 - 20:20 Uhr, Dienstag 12. November 2012

Auftaktveranstaltung der Woche der Energie 2012

HAW Hamburg, Campus Berliner Tor, 12.-16. November 2012

Moderator:

Prof. Dr. Werner Beba, *CC4E, HAW Hamburg*

Teilnehmer:

Holger Lange, *Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg*

Hermann Albers, *Präsident des Bundesverbands Windenergie e.V.*

Michael Westhagemann, *Vorsitzender des Industrieverbands Hamburg und CEO Siemens Nord*

Birgit Stöver, *CDU Hamburg, MdHBen*

Jens Kerstan, *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Hamburg, MdHB, Fraktionsvorsitzender*

Diskussion:

Frau Stöver: Jedes Bundesland hat bislang seinen eigenen Ausbauplan: Diese müssen besser koordiniert werden. Stromnetze in Bürgerhand würden zu einer größeren Akzeptanz der Energiewende beitragen. Erdkabel fördern auch eine höhere Akzeptanz.

Herr Kerstan: Die Politik hat wenig getan. In den letzten Jahren wurde viel privatisiert. Die neuen Akteure haben andere Ziele und weniger das Gemeinwohl im Blick. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Bürger wieder Einfluss auf die Netze nehmen. Der Staat soll nicht nur haften, sondern auch Eigentümer sein. Außerdem darf es nicht nur ein Konzept geben, bei dem der Strom aus dem Norden in den Süden geleitet wird.

Herr Westhagemann: Es ist fragwürdig, wo die Verantwortung der Politik liegt. Oft fließen parteipolitische Interessen in Entscheidungen mit ein. Tennet z.B. ist in ausländischer Hand und die Konsequenzen tragen der deutsche Staat bzw. die deutschen Stromkunden.

Herr Lange: Bis 2022 ist wenig Zeit. Deutschland ist ein Industrieland mit einem hohen Energiebedarf. Es muss sich die Frage gestellt werden, was können die Länder tun? Die fünf Norddeutschen Länder sind sich einig.

Ein Filmbeitrag: Wie wird die Übergangsphase hin zu einem Land mit 100% Erneuerbare Energie aussehen? Heute ist es so, dass wenn der Wind stark weht, dass dann soviel Strom im Netz vorhanden ist, dass Braunkohlekraftwerke auf 50% ihrer Leistung gedrosselt werden. Auf eine niedrigere Leistung können sie nicht gedrosselt werden, da sonst Gefahr besteht, dass sie defekt werden. Braunkohlekraftwerke sind nicht dafür gebaut worden, schnell hoch und runtergefahren zu werden.

Herr Kerstan: Die jetzige Politik sorgt dafür, dass eher Erzeugungsanlagen für Erneuerbare Energie abgeschaltet werden. Die Kohlekraftwerke laufen dagegen weiter. Die fossilen Kraftwerke, die am Netz sind, sind wenig effizient. Dezentrale Kraftwerke werden benötigt und diese werden nicht stark genug gefördert, das ist ein Fehler des Senats.

Herr Westhagemann: Eine Diskussion über das Energiesystem muss angeschoben werden. Welches sind die Anforderungen an die Erzeugungsanlagen? Hamburg hat Chancen, da es nicht nur Erneuerbare Energien hat, sondern auch ein GuD-Kraftwerk.

Frau Stöver: Kohlekraftwerke werden nicht neu gebaut werden.

Herr Lange: Es werden noch fossile Kraftwerke gebaut werden. Ein Beispiel ist das Kraftwerk in Wedel. Auf Bundesebene besteht ein Kompetenz-Wirrwarr. Die verschiedenen Bundesministerien lähmen sich gegenseitig.

Herr Westhagemann: Seit 2007 gibt es ein freiwilliges Industrieprogramm, in dem die Industrie mit Hilfe von Technologie den Energiebedarf herunterfährt. Es gibt eine „EEG-Ungerechtigkeit“ gegenüber den Bürgern. In der EU basiert die Wirtschaft auf einem hohen industriellen Anteil. Länder mit viel Industrie stabilisieren die Wirtschaft. Man muss sich Gedanken über den Mittelstand machen. Wie gehen wir mit dem EEG weiter um?

Herr Albers: In der Politik wird nachgesteuert. Die Einspeise-Vergütung gemäß EEG für die Windenergie beträgt nur noch 8 Cent. Doch was ist in der Zwischenzeit passiert? In Großbritannien wird die Quote wieder abgeschafft. Zwischen 2009 und 2011 gab es eine Fehlsteuerung in der Solarenergie. Die Branche hätte eher reagieren müssen. Eine Fehlsteuerung gab es in anderen Bereichen der erneuerbaren Energien nicht. Die Städte Mannheim und München wollen bis 2020 ihre gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen. Dies ist möglich, da die Stadtwerke in öffentlicher Hand sind. Hamburg kann dies auch erreichen, in dem ein Vertrag mit den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein geschlossen wird. Beide Länder produzieren schon jetzt einen sehr hohen Anteil ihres Stromverbrauchs erneuerbar.

Herr Kerstan: Öl, Wärme und Gas werden immer teurer. Erneuerbare Energien haben den gegenläufigen Trend, sie werden immer günstiger mit der Zeit. Die Industrie profitiert von den sinkenden Preisen. Dies wird nicht weitergegeben.

Herr Lange: Die generelle Bereitschaft ist da, für die erneuerbaren Energien zu zahlen. Wir sollten nicht nur über das EEG sprechen. Es sollte keinen Strukturbruch einleiten. Das EEG gehört nicht sofort abgeschafft.

Frau Stöver: Es muss auch an die gedacht werden, die die höheren Preise nicht zahlen können: z.B. Harz IV Empfänger. Einsparmöglichkeiten sollen gezeigt werden. Wenn den Bürgern gezeigt wird, wie Energie eingespart werden kann, dann steigt die Akzeptanz. Die Frage muss gestellt werden, was über das EEG gefördert werden soll. Ist es beispielsweise sinnvoll, MC Donald's zu fördern?

Herr Westhagemann: Das EEG ist für alle da. Die Diskussion muss versachlicht werden, damit keine Arbeitsplätze abwandern.

Herr Albers: Man muss ehrlicher sein und zeigen, was Energie-Netze und Energiemärkte wirklich kosten. Eine der Grundideen des EEG war auch, dass es den Preis für die Vermeidungskosten widerspiegelt. Es muss gezeigt werden, was man für fossile Energien wirklich zahlen muss. Dies sollte auch beim Vorrechnen von neuen Kohlekraftwerken gezeigt werden.

Herr Westhagemann: Ich unterstütze eine faire Betrachtung der Energiepreise.

Herr Kerstan: Das EEG hat viele Vorteile und darüber muss mehr gesprochen werden. Beispielsweise wird das Klima geschützt, es werden Jobs geschaffen und es entsteht eine Wertschöpfung vor Ort. Die Politik sollte bei Entscheidungen Bürger besser integrieren. Es geht nicht, dass ein Konzept vorgestellt wird und dann innerhalb von drei bis vier Veranstaltungen Ideen von Bürgern angehört werden. Bürger müssen früh in die Planung integriert werden. Eine höhere Akzeptanz ist somit erreichbar.

Herr Westhagemann: Chancen müssen genutzt werden, sowohl in der Onshore, als auch der Offshore Windenergie. Die Häfen sind vorbereitet. Hier besteht die Möglichkeit Export zu betreiben. Die Bevölkerung muss mitgenommen werden. Der Aufbau einer Grundlastversorgung ist wichtig für die nächsten Generationen.

Protokollant: François Mielke, Arbeitskreis „Politik in Hamburg zur Energiewende“
15.11.2012